

## **Alternative Wirtschaftspolitik – Teil eines emanzipatorischen Transformationsprozesses**

**These 1:** *Eine alternative Wirtschaftspolitik muss als wesentlicher Bestandteil eines alle gesellschaftliche Sphären umfassenden transformatorischen Projekts entwickelt werden.*

Wir gehen in der Rosa-Luxemburg-Stiftung davon aus, dass demokratischer Sozialismus ein langer transformatorischer Prozess ist, der mitten in der bürgerlichen Gesellschaft beginnt und auf demokratische Weise über den Kapitalismus hinausführen wird (Brie, Chrapa, Klein, 2002). Heute Wirtschaftspolitik als Grundbestandteil eines solchen Prozesses aufzufassen, kann angesichts der Wucht neoliberaler Entwicklungen nahezu absurd erscheinen. Kritische Akteure stehen überwiegend mit dem Rücken zur Wand.

Jedoch – Kämpfe um Reformalternativen vollziehen sich nach unserer Ansicht im Rahmen eines „strategischen Dreiecks“. Es umfasst 1. Protest und Widerstand gegen die herrschende Politik, 2. gestaltende Reformpolitik unter gegebenen Bedingungen und 3. über den Kapitalismus hinausweisende Alternativen. Die Vernachlässigung auch nur einer dieser Komponenten würde zum Verlust demokratisch-sozialistischer Identität führen.

**These 2:** *Für die kommende Dekade könnte als strategischer Grundgedanke eines alternativen Transformationsprojekts angesehen werden, dass es gegen die neoliberale Hegemonie um den Einstieg – nicht mehr und nicht weniger – in einen anderen gesellschaftlichen Entwicklungsweg geht.*

Linke Wirtschaftspolitik muss realisierbare ökonomische Reformen für den Beginn eines solchen Richtungswechsels entwickeln. In der Wirtschaft ist das noch schwieriger als in anderen gesellschaftlichen Teilsystemen.

Gegen die Möglichkeit eines Übergangs zu einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung auf einem anderen als dem neoliberal geprägten Weg werden die Konkurrenzzwänge der Globalisierung in Stellung gebracht. Doch die

Außenwirtschaftsabhängigkeit der Europäischen Union entspricht nur etwa 10 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts. Das heißt, dass sie bei Stärkung ihres Binnenmarktes ausgezeichnete Spielräume für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik nach eigenen sozialen Maßstäben besitzt. 90 zu 10! Sie vermag dem Maß des shareholder value zu widerstehen – unter der Voraussetzung, dass politische Entscheidungen darüber erkämpft werden! (vgl. Brie, 2003) Dies ist jedoch nicht Gegenstand meiner Darstellung. Ich verweise auf den Beitrag Klaus Draegers.

**These 3:** *Der politökonomische Kern und die Klammer für wirtschaftspolitische Schritte in einem transformatorischen Kontext heißt: Zurückdrängung und perspektivisch Überwindung der Profitdominanz.*

Das birgt einen Widerspruch, der in der PDS zu heftigen Diskussionen geführt hat. Die Profitdominanz als letztes Maß wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung wird vor allem von den international mächtigsten Unternehmen durchgesetzt. Deren Macht und damit die Dominanz des Profits in Wirtschaft und Gesellschaft muss zurückgedrängt werden. Doch zur praktischen Politik der PDS in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, wo sie an den Landesregierungen beteiligt ist, gehört mit guten Gründen die beschäftigungs- und umweltorientierte Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen und die entbürokratisierte Gewinnung von Investoren, auch von großen Firmen. Aber natürlich produziert das permanent Spannungen.

Überwindung des Kapitalismus als Ziel linker Politik heißt Überwindung der *Dominanz* des Profits und der ihm zugrunde liegenden Eigentumsverhältnisse, nicht Abschaffung des gesamten privaten Unternehmertums und jeglicher Form von Kapitalverwertung.

**These 4:** *Die konstruktive Kehrseite von Kämpfen um die Zurückdrängung der Profitdominanz heißt: Durchsetzung eines alternativen Leitbildes als Maß gesellschaftlicher Entwicklung. Unser Leitbild ist eine Gesellschaft, in der jede und jeder über die sozialen Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit verfügt und solidarisches Handeln ein zentraler Wert wird.*

*Das bedeutet für eine alternative Wirtschaftspolitik, dass eine effiziente Wirtschaft sozial gleicher Teilhabe aller an existenzsichernder Arbeit, Bildung, Kultur, medizinischen*

*Leistungen und sozialer Sicherung gegen Lebensrisiken dienen soll. Sie hat jene Grundgüter bereitzustellen und gerecht zu verteilen, die allen Bürgerinnen und Bürgern die Freiheit geben, selbst über ihr Leben zu bestimmen und die deshalb im neuen Programm der PDS Freiheitsgüter genannt werden. Zunächst wenigstens mehr davon als gegenwärtig.*

Ohne in der kulturell-geistigen Auseinandersetzung unserer Zeit dem Gedanken der Möglichkeit und Dringlichkeit eines Gegenleitbildes zu dem des Menschen, der sich vor allem zu rechnen hat, erheblichen Einfluss zu verschaffen, wird es keine erfolgreiche alternative Wirtschaftspolitik geben. Denn eine wichtige Ursache für die geringe Unterstützung alternativer Reformvorstellungen ist der verbreitete resignative Glaube, dass wohl kein anderer Weg als der durch ein Tal von Tränen und Opfern nötig sei. *Dass es anders gehen kann und muss* – dies anknüpfend an den negativen Erfahrungen von Millionen Bürgerinnen und Bürgern mit der herrschenden Wirtschafts- und Sozialpolitik zu vertreten, ist eine elementare Aufgabe und Voraussetzung alternativer Wirtschaftspolitik.

Ich betrachte dieses andere Leitbild nicht als abstrakten Wunschmaßstab für eine Gesellschaft in ferner Zukunft. Es ist das notwendige Maß auch für gegenwärtige Kämpfe und kommende Prozesse, obwohl der reale Trend in eine andere Richtung geht. David Harvey bezeichnet die „Akkumulation durch Enteignung“ als das eher Charakteristische der jüngeren Entwicklung (Harvey, 2003).

In Deutschland vollzieht sich der jüngste Schub in Richtung einer „Ökonomie der Enteignung“ im Rahmen der neoliberal-sozialdemokratischen „Agenda 2010“ und der nach ihrem geistigen Vater, einem Spitzenmanager des VW-Konzerns, so genannten Hartz-Gesetze. Bisher gab es für Arbeitslose 32 Monate Arbeitslosengeld und danach eine niedrigere Arbeitslosenhilfe vor dem Abstieg in die Sozialhilfe. Nun erfolgt dieser Abstieg nach nur einem Jahr. Ein neues Arbeitslosengeld II auf Sozialhilfeniveau soll Arbeitslose zwingen, bei Strafe der teilweisen Verweigerung dieses Sozialeinkommens nahezu jede nachgewiesene Arbeit zu schlechteren Bedingungen anzunehmen. Doch Millionen sollen nach Arbeitsplätzen suchen, die es gar nicht gibt!

Die neuen Gesetze bedeuten, dass erhebliche Teile der Bevölkerung dauerhaft zu einem alimentierten Dasein verurteilt werden. Jedoch zu Bedingungen der Enteignung von elementaren Bedingungen selbstbestimmten Lebens. Denn bis auf je 200 Euro pro Lebensjahr

müssen Ersparnisse und Lebensversicherungen erst aufgebraucht werden, ehe ein Anspruch auf Sozialleistungen entsteht. Individuelle Sicherungsansprüche werden durch die Haftung anderer Haushaltsangehöriger mit höherem Einkommen ersetzt, bis alle Betroffenen ihre Lebensansprüche abgesenkt haben. Ausgeweitet wird unter diesem Druck der Niedriglohnssektor.

Eine alternative Wirtschaftspolitik setzt der „Ökonomie der Enteignung“ eine Strategie der „Wiederaneignung von unten“ entgegen. Das macht den symbolischen Sinn der „Umsonst“-Initiativen aus, z. B. der Aktionen zur kostenlosen Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel.

**These 5:** *Das Transformationskonzept schließt in der Wirtschaftspolitik einen prozesshaften Umgang auch mit den Eigentumsverhältnissen ein, auf denen die Profitdominanz heute beruht: Nicht irgendwann die Enteignung als jäher Akt des Umsturzes, sondern Erneuerung und Vertiefung der Demokratie im Wandel der Kräfteverhältnisse, so dass demokratische Entscheidungen zivilgesellschaftlicher Akteure wachsenden Einfluss auf die Verfügung über alle Formen des Eigentums gewinnen, ob über privates Monopoleigentum, Kapitaleigentum kleiner Produzenten, kommunales, öffentlich-rechtliches, genossenschaftliches oder gesamtstaatliches Eigentum.*

*Demokratisierung als Prozess der Veränderung der Kräfteverhältnisse – das ist der entscheidende Weg zur Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse, damit sich Bürgerinnen und Bürger die Verfügung über Ressourcen aneignen, die bisher in der exklusiven Verfügung der Eigentümer waren.*

- In Brasilien hat die Bewegung der Landlosen zur Besetzung ungenutzten Landes der Latifundistas geführt. Die Regierung Lula hat diesen Prozess durch ein Gesetz legalisiert. Im Industriegürtel um Buenos Aires haben sich rund 400 Familien im Rahmen des Projekts MTS Solana verlassene Fabrikgebäude und kleine Bodenstücke als Grundlage autonomer Existenz angeeignet und sind dabei, sich mit ähnlichen Gemeinwesen zu vernetzen.
- Mit dem Instrument partizipativer Bürgerhaushalte nach dem Muster von Porto Alegre nehmen sich Bürgerinnen und Bürger Verfügungsmacht über öffentliche Finanzen.

Die PDS will in zwei Bezirken Berlins, in Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf, nach diesem Muster handeln.

- Eine progressive Sozial- und Umweltgesetzgebung vermag bei veränderten Kräfteverhältnissen – das ist unsere Erwartung trotz entgegengesetzter realer Entwicklung – dem Kapital Entwicklungen aufzuzwingen, in denen eine Soziallogik gegen die Kapitallogik zur Geltung gebracht wird. In nordischen Ländern hat dies über lange Zeit – bei empfindlichen Rückschlägen seit den 90er Jahren – zu beträchtlicher sozialer Bändigung des Kapitalismus geführt.

**These 6:** *Alternative Wirtschaftspolitik verläuft auf zwei Ebenen. Sie muss von zivilgesellschaftlichen Akteuren durchgesetzt und zum Teil – beispielsweise in Projekten öffentlich geförderter Beschäftigung oder durch partizipative Haushaltspolitik – von ihnen selbst praktiziert werden. Und sie muss von den gewählten Repräsentanten in Parlamenten und Regierungen realisiert werden – unterstützt durch Druck von „unten“.*

Stärkung der Massenkaufkraft beispielsweise wird – wenn überhaupt - von Gewerkschaften erkämpft. Aber der Binnenmarkt muss auch durch staatliche Investitionen stabilisiert werden. Alternative Wirtschaftspolitik findet auf beiden Ebenen statt.

Oft wird alternative Wirtschaftspolitik jedoch verkürzt als linkskeynesianische Geld-, Haushalts- und Investitionspolitik verstanden. Umgekehrt neigen Linke nicht selten zu sozialen Forderungen ohne realistische Vorstellungen über die Möglichkeiten für deren wirtschaftspolitische staatliche Untersetzung.

Linke Kräfte in Regierungen stehen in der Verantwortung, ihre Wirtschaftspolitik nicht einseitig in Aushandlungsprozessen mit Unternehmerverbänden, Handelskammern und Investoren zu realisieren. Sondern linke Wirtschaftspolitik hat gleichzeitig allemal wechselseitige Lernprozesse mit Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, sozialen Bewegungen und kritischen Intellektuellen zu suchen – auch wenn deren Erwartungen an Sozialisten in Regierungen oft unrealistisch und zum Teil radikal antistaatlich sind.

**These 7:** *Transformatorische Prozesse bedürfen insgesamt und auch in der Wirtschaftspolitik erst einmal des Einstiegs in eine andere Entwicklungsrichtung. Ein chinesisches Sprichwort*

lautet: „Auch ein Weg von tausend Meilen beginnt mit einem Schritt.“ Zu beantworten ist, ob es sinnvoll ist, „Einstiegsprojekte“ zu suchen, die sich durch folgende Qualitäten auszeichnen:

- Einstiegsprojekte müssen der „Ökonomie der Enteignung“ eine Wiederaneignung der eigenen Lebensbedingungen durch Individuen und kollektive Akteure entgegensetzen.
- Einstiegsprojekte müssen realistisch sein, das heißt Chancen zur Durchsetzung in absehbarer Zeit bieten und Verbesserungen für möglichst viele Lohnabhängige und besonders für sozial Benachteiligte ermöglichen.
- Sie müssen geeignet sein, das verbreitete TINA-Syndrom (There Is No Alternative) zurückzudrängen. Wichtig ist die Vermittlung von TAMARA-Erfahrungen in der Gesellschaft: There Are Many And Realistic Alternatives!

Einstiegsprojekte würden daher die Möglichkeit der Mobilisierung von potenziellen Akteuren sozialen Wandels bieten.

- Sie sollten in den Schritten zur Lösung gegenwärtiger Probleme die Öffnung für weiterreichende Entwicklungen erkennen lassen, in der Wirtschaft für die Zurückdrängung purer Wirtschaftseffizienz zugunsten sozialer Bedürfnisse von Bürgerinnen und Bürgern.

Die regionalen und nationalen Bedingungen für derartige (Teil) Projekte des Einstiegs in einen alternativen Wandel sind sehr verschieden. Ist die gemeinsame und vergleichende Suche im nationalen und EU-Rahmen nach wenigen übergreifenden Projekten gleichwohl sinnvoll? Sie könnte Sinn machen, weil nur die Konzentration auf wenige, aber mehrere Jahre zu verfolgende alternative Projekte die Chance bietet, in das öffentliche Massenbewusstsein zu treten und breite Unterstützung zu finden. Sie ist notwendig, weil die „Methode der offenen Koordinierung“ der nationalen Wirtschafts- und Sozialpolitiken seitens der Europäischen Kommission auf die Durchsetzung einer gemeinsamen EU-Strategie zielt, in der die Beschäftigungs- und Sozialpolitik trotz der Programme zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik untergeordnet sind und der durch unkoordinierte Gegenprojekte allein nicht wirksam begegnet werden kann (Kommission, 2003; Behning, 2004: 127 ff; Behning, 2005: 217 ff).

Was könnten solche Einstiegsprojekte in eine alternative Wirtschaftspolitik in Europa sein? Als mögliche sozial-ökonomische Einstiegsprojekte werden in Deutschland beispielsweise öffentlich geförderte Beschäftigungssektoren, Zukunftsinvestitionsprogramme, erste Schritte zu einer steuerfinanzierten individuellen, bedarfsorientierten Grundsicherung, die Einführung

von Mindestlöhnen als Schritt dahin, die Wiedererhebung einer Vermögenssteuer sowie ergiebige Erbschafts- und Spekulationssteuern diskutiert.

***These 8:** Nicht auf Einzelschritte allein, sondern auf fortschreitende Prozesse eines Richtungswechsels kommt es an.* In der Regel klaffen zwischen wirtschaftspolitischen Programmen oder Vorschlägen der Linken und dem real Machbaren erhebliche Lücken. Dringlich ist, sie so zu schließen, dass reale Verbesserungen und Anschlüsse an weiterreichende Schritte und Visionen zugleich erreicht werden.

Ich will versuchen, diesen Grundgedanken transformatorischer linker Wirtschaftspolitik zu entwickeln, exemplarisch bezogen auf Schritte zur Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit.

*1. Widerstand gegen neoliberalen Lohndruck, Massenentlassungen, Senkung von Sozialtransfers und den Abbau öffentlicher Daseinsvorsorge samt der Beschäftigung dort.*

*Ein Beispiel für Widerstand und seine Öffnung zu weiter gehender Entwicklung sind öffentlich geförderte Beschäftigungssektoren:* Seit langem wirkt die PDS für öffentlich geförderte selbstbestimmte Projekte und Unternehmen – mit bescheidenen Teilerfolgen in Mecklenburg-Vorpommern, wo das Arbeitsministerium von einem sozialistischen Minister geleitet wird.

Die jüngsten Gesetze zur Arbeitsmarktreform in Deutschland zielen nun ebenfalls auf eine öffentliche Beschäftigungsförderung. Sie erkennen deren Notwendigkeit de facto an – jedoch mit strikt antiemanzipatorischem und antisozialem Charakter. Die Bundesregierung bzw. die Bundesagentur für Arbeit stellt dafür im Jahr 2005 6,35 Mrd. Euro bereit. Damit sollen 600.000 Arbeitslose, die ein Arbeitslosengeld auf niedrigem Niveau erhalten, für 6 bis 9 Monate zusätzliche Jobs bei einer Entlohnung von 1 bis 2 Euro pro Stunde bekommen. Durch diese Art der „öffentlichen Beschäftigungsförderung“ bleiben sie in der Regel dauerhaft ausgeschlossen vom ersten Arbeitsmarkt. Damit wird der Druck auf sie selbst und zur Ausweitung eines Niedriglohnsektors erhöht. Das entspricht exakt strategischen Überlegungen der Europäischen Kommission: „In Anbetracht der Tatsache, dass mehr als 50 Prozent aller Menschen über 25 Jahren außerhalb des Arbeitsmarktes stehen, sollte auch mehr getan werden, um die Menschen auf ein sinnvolles Leben in Würde außerhalb des Arbeitsmarktes vorzubereiten.“ (Kommission, 2003: 39) De facto wird soziale Integration durch existenzsichernde Arbeit für Millionen abgeschrieben. Trotz gegenteiliger Deklarationen bleibt die Würde dabei mannigfach verletzt.

Die PDS will daher eine ganz andere existenzsichernde öffentliche Beschäftigungsförderung, getragen von selbstbestimmten autonomen Wirtschaftsakteuren jenseits von Staat und Privatwirtschaft, als Wandel in den Eigentumsstrukturen und als Moment des *Ausbruchs aus der Profitdominanz*.

Sie hat sich deshalb von vornherein am *Widerstand* gegen Hartz IV beteiligt.

Die PDS in Berlin will die gesetzlich verordneten Ein-Euro-Jobs auf dringliche soziale und ökologische Projekte lenken, dabei Projektvorschläge „von unten“ aufnehmen und mit der Qualifizierung der Betroffenen so verbinden, dass ihre Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt erhöht werden.

Die Regierungsvertreter der PDS Mecklenburg-Vorpommern suchen nach der Möglichkeit der Kombination von Mitteln aus unterschiedlichen Förderfonds, um im Gegensatz zu Hartz IV eine Annäherung der geförderten Arbeitsplätze an existenzsichernde Arbeit zu erreichen.

Solche Schritte sind nicht umwälzend. Aber sie zielen auf mehr Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger. Und sie können mit *gestaltender Politik* verbunden werden. In Mecklenburg-Vorpommern entscheiden die Regionalbeiräte in vier Planungsregionen auf der Grundlage regionaler Entwicklungskonzepte über die finanzielle Förderung von Arbeitsmarktprojekten. Da wird gestaltende Politik gegen Marktradikalismus zur Geltung gebracht.

Aber der Horizont muss weiter geöffnet werden. Der Markt vermag Massenarbeitslosigkeit nicht zu überwinden. Er kann sie allenfalls um den Preis der Wohlfahrtssenkung auf Seiten der Lohnabhängigen begrenzen. Deshalb wird der bereits gegenwärtig in 22 untersuchten Ländern 19 Millionen regulär Beschäftigte umfassende Non-Profit-Sektor ein Grundelement künftiger gemeinwohlorientierter Wirtschaften sein. Als Reaktion auf die Grenzen des Marktes und auf den internationalen Kostensenkungswettbewerb könnte er zu einer der wichtigsten *Antworten auf den Druck der Globalisierung* werden. Der Fortfall von Lohnersatzleistungen in Milliardenhöhe und der Wachstumseffekt der Nachfrage in solchem Dritten Sektor wird einen beträchtlichen Teil seiner Finanzierung abdecken können.

2. *Individuelle bedarfsorientierte Grundsicherung*: In den jüngsten Arbeitsmarktgesetzen der Bundesrepublik wird die Regelleistung von 331 bis 345 Euro Arbeitslosengeld II als „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ aufgefasst. Auch in diesem Fall wird eine soziale Grundforderung in das neoliberale Konzept integriert und dabei ihres ursprünglichen Sinns entleert. Mit dieser „Grundsicherung“ zu schlechten Zwangsbedingungen wird materieller und moralischer Druck zur Aufnahme von Arbeit zu fast allen Bedingungen ausgeübt.

Die PDS knüpft realistisch an der entstandenen Lage an. Sie engagiert sich zunächst für ein höheres Arbeitslosengeld II, für verbesserte Voraussetzungen seiner Zahlung und gegen die Haftung anderer anstelle eines individuellen Anspruchs. Das zielt auf Gestaltung unter gegenwärtigen Verhältnissen. Aber darüber hinaus erstrebt sie die schrittweise Einführung einer steuerfinanzierten individuellen, bedarfsorientierten Grundsicherung – für alle, die nicht arbeiten können oder arbeitslos sind. Sie soll oberhalb der relativen Armutsgrenze von 60 Prozent des nationalen durchschnittlichen Nettoeinkommens der abhängig Beschäftigten liegen – wie in Dänemark ohne Repression, ohne Abbau eigener Ersparnisse und ohne Familienhaftung. Eine solche grenzüberschreitende einheitliche Forderung, die zugleich national unterschiedliche Lagen beachtet, könnte zu einer gemeinsamen Alternative in Europa beitragen.

Für sich genommen ist das abermals keine systemsprengende Forderung. Aber sie stünde für eine Kernsubstanz von Gerechtigkeit: dass allen Menschen das Lebensnotwendige als ihr elementares Recht zusteht – einfach weil sie Menschen sind. Gegen das Maß des Profits würde das Maß des Menschen gestärkt. Es wäre ein Schritt zu Richtungswechsel in der Politik – ein Hauch von Transformation

3. *Stärkung der Massenkaufkraft* durch mehr Beschäftigung in innovativen Unternehmen und durch Veränderung der Verteilungsverhältnisse – das ist ein Grundgedanke alternativer Wirtschaftspolitik. In Europa heißt das zunächst: keine Kürzung von Sozialeinkommen, keine Verlängerung von Arbeitszeiten ohne differenzierten Lohnausgleich, gesetzliche Mindestlöhne als Barriere gegen Niedriglöhne, Entwicklung der Löhne mindestens entsprechend der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Inflationsrate. Eine wichtige *Antwort auf den Globalisierungsprozess* ist eben die Stärkung der EU-Binnennachfrage, die die Abhängigkeit vom Weltmarkt jenseits der Grenzen der Europäischen Union reduziert.

Das bedeutet Widerstand und erste Schritte im Vorfeld einer anderen Wirtschaftspolitik, in der soziale Stabilität und eine höhere Lohnquote nicht als Hemmnisse, sondern als Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung gelten.

4. *Einführung eines öffentlichen Zukunftsinvestitionsprogramms*, konzentriert auf Wissenschaft, Innovation, Bildung und ökologischen Umbau. Denn alternative Wirtschaftspolitik ist nicht auf gerechtere Verteilung zu reduzieren. Sie steht in Verantwortung für Innovation auch in der Wertschöpfung und für ökologisches Wachstum. Eine der entscheidenden *Antworten auf die Globalisierung* ist statt einer nicht gewinnbaren Konkurrenz mit den Niedriglohnländern um die Senkung von Löhnen und Sozialstandards die Entwicklung und Produktion innovativer bildungs- und forschungsintensiver umweltgerechter Güter, die eines *neuen Mix von marktlichen, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Regulierungsaktivitäten* bedarf – öffentliche Zukunftsinvestitionsprogramme eingeschlossen.

In der alten Bundesrepublik hat es ein erfolgreiches „Programm für Zukunftsinvestitionen“ 1977 bereits gegeben. Doch dies ist keine staatszentrierte Sache von vorgestern. Wenn auch mit destruktiven Vorzeichen: die öffentlich finanzierten US-Rüstungsprogramme verweisen auf das Gewicht staatlicher Gestaltung heute. Ihr zivilgesellschaftlicher sozialer Inhalt würde sich von dem der Pentagon-Programme allerdings erheblich unterscheiden.

Insbesondere für Ostdeutschland sind öffentliche Investitionsprogramme dringlich.

„An sich“ ist dies wiederum weder unrealistisch noch ein systemstürzendes Vorhaben. Aber dem Marktmechanismus wird mehr als bisher das Prinzip öffentlicher Verantwortung und langfristiger Gestaltung entgegengesetzt – Verbote einer anderen Regulationsweise. Aber nächste Schritte müssen folgen: Verflechtung von Struktur-, Wissenschafts-, Technologie- und Beschäftigungspolitik mit gestaltendem Anspruch, mehr öffentliche Kontrolle, partizipative Haushaltspolitik, mehr Wirtschaftsdemokratie, kurz: gestaltende Politik, gestützt auf mehr direkte Demokratie. Das läuft auf einen alternativen Entwicklungsweg hinaus, auf Einstieg in einen transformatorischen Prozess.

5. *Der beschäftigungssichernde Erhalt öffentlicher Güter und öffentlicher Daseinsvorsorge und möglichst ihre Ausweitung* gehören zu den Essentials alternativer Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik. Es geht darum, erkämpfte öffentlich garantierte

Anrechte der Bürgerinnen und Bürger zu behaupten und zu erweitern, statt Gesundheit, Bildung, Kultur, innere Sicherheit und andere Dienstleistungen noch weit mehr als bisher als Waren zu handeln. Dass dies ihr Interesse ist, wissen Millionen Bürgerinnen und Bürger. Das ist eine Chance in dieser Auseinandersetzung. In Berlin z.B. ist die Sozialsenatorin der PDS dabei, eines der größten europäischen kommunalen Krankenhäuser, Vivantis, durch Sicherung der Rahmenbedingungen für seine Wettbewerbsfähigkeit der Privatisierung zu entziehen: erste Schritte sind augenscheinlich möglich.

Und wieder geht es um nicht mehr und nicht weniger als um Richtungsentscheidungen an einem Scheideweg: Sollen alle Bedingungen unseres Lebens zur Ware werden oder gelingt es im Widerstand dagegen, Schritt für Schritt das Gemeinwohl und sozial gleiche Teilhabe an den Freiheitsgütern zum Maß der Entwicklung zu machen? Wenn mehr Sphären der Gesellschaft gegen das Diktat des Profits verteidigt und ihm künftig zunehmend entrissen werden, öffnet dies den Weg zur Zurückdrängung der Profitdominanz.

6. *Verkürzung der Arbeitszeit und gerechte Verteilung der Arbeit auf mehr Menschen.* Aber unter Androhung von Produktionsverlagerungen in das Ausland (Siemens, Daimler-Chrysler, VW) wollen die Unternehmer die Arbeitszeit sogar unbezahlt verlängern, d.h. die Stundenlöhne senken.

Eine alternative Arbeitszeitpolitik müsste umfassen: 1. Arbeitszeitverkürzung bei tariflicher Sicherung von differenziertem Lohnausgleich im Interesse der Geringverdienenden und Nutzung vor allem für die Einstellung von neu Ausgebildeten – so geschehen im Öffentlichen Dienst in Berlin; 2. mehr sozial vollwertig abgesicherte Teilzeitarbeit – wie beispielsweise in den Niederlanden; 3. freiwilligen sozial abgesicherten Wechsel in bestimmten Lebensphasen zwischen existenzsichernder Arbeit, Familienarbeit, Gemeinwohltätigkeit und Weiterbildung zugunsten bisher nicht Beschäftigter und gleicher Teilhabe von Männern und Frauen an Berufs- und Familienarbeit – wie in Dänemark verbreitet; 4. gesetzliche Begrenzung der Höchstarbeitszeit, deren Überschreitung in bestimmten Zeiträumen auszugleichen ist – so praktiziert in Frankreich. Die Internationalisierung birgt nicht nur Bedrohungen, sondern auch Lernchancen für alternative Akteure.

Auch dies sind keine die Gesellschaft bereits umwälzenden Forderungen. Wohl aber stehen sie in striktem Gegensatz zur gegenwärtigen „Reform“-Richtung und schließen mehr

Sicherheit und Selbstbestimmung der Beschäftigten über die Art der Flexibilisierung in der Arbeitswelt ein. Sie könnten für einen Richtungswechsel der Wirtschaftspolitik geöffnet werden.

7. *Steuergerechtigkeit*. Soziale statt antisozialer Reformen kosten Geld. Die gegenwärtige Umverteilung von unten nach oben muss umgekehrt werden.

Allein eine Wiedererhebung und moderate Neuregelung der Vermögenssteuer, die mäßige Erhöhung der Erbschaftssteuer auf Großvermögen, die Korrektur der erst ab 2001 eingeführten Neuregelung für Körperschaftssteuern und eine vorsichtige Kapitalertragssteuer auf Zinsen und Dividenden würde Steuermehreinnahmen von rund 31 Mrd. Euro im Jahr ermöglichen. (ver.di 2004: 3)

Ein Grundmythos muss gebrochen werden: dass nichts mehr da sei zum Verteilen im Gegensatz zu früher und dass daher die Mehrheit Opfer zu bringen habe.

Der verbindende Gedanke meiner letzten Überlegungen lautet also: Alternative Wirtschaftspolitik muss machbare Einzelschritte für einen weiterreichenden transformatorischen Prozess öffnen – so schwer dies auch sein mag. So wie der Dichter Hermann Hesse den chinesischen Moralphilosophen Kung Fu Tse charakterisierte: „Ist das nicht der, der genau weiß, dass es nicht geht und es trotzdem tut?“

## Literatur

Brie, André, 2003: Die erweiterte Union und ihre soziale Dimension. Vortrag auf dem Symposium der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Warschau

Brie, Michael/Chrapa, Michael/Klein, Dieter; 2002: Sozialismus als Tagesaufgabe. Berlin

Behning, Ute, 2005: Hartz IV und Europa. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 2

Behning, Ute, 2004: Die „neue Methode der offenen Koordinierung“. Versuche der integrationstheoretischen Klassifizierung einer neuen Form des sozialpolitischen Regierens in der Europäischen Union. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwirtschaft Nr. 2

Harvey, David, 2003: Der „neue“ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus Nr. 5

Kommission der Europäischen Gemeinschaft, 842, 2003: Modernisierung des Sozial... für mehr und bessere Arbeitsplätze. Ein umfassender Ansatz, um dazu beizutragen, dass Arbeit sich lohnt. Brüssel

Ver.di, 2004: Konzept Steuergerechtigkeit. Gerechte Steuern – Staatsfinanzen stärken. Berlin

## **Literatur**

Afheldt, Horst, 2003: Wirtschaft, die arm macht. Vom Sozialstaat zur gespaltenen Gesellschaft. München

Brenner, Robert, 2002: Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft. Hamburg

Brie, Michael/Chrapa, Michael/Klein, Dieter, 2002: Sozialismus als Tagesaufgabe. Berlin

Brühl, Tanja/Debiel, Tobias/Hamm, Brigitte/Hummel, Hartwig/Martens, Jens, 2001: Die Privatisierung der Weltpolitik. Entstaatlichung und Kommerzialisierung im Globalisierungsprozess. Bonn

Chesnais, Francois, 2004: Das finanzdominierte Akkumulationsregime: theoretische Begründung und Reichweite. In: Zeller, Chr.: Die globale Enteignungsökonomie. Münster

Fritz, Thomas/Scherrer, Christoph, 2002: GATS: In wessen Diensten? Hamburg

George, Susan, 2002: WTO: Demokratie statt ...

Harvey, David, 2003: Der „neue Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 5/2003

Harvey, David, 2004: Der neue Imperialismus. Hamburg

Huffschnid, Jörg, 2004: Die Privatisierung der Welt. Hamburg

Huffschnid, Jörg, 2002: Politische Ökonomie der Finanzmächte. Hamburg

Huffschnid, Jörg/Bischoff, Joachim/Steinitz, Klaus/Detje, Richard/Wendl, Michael/Klein, Dieter/Luft, Christa, 2004: Stagnation – neoliberale Agenda – Alternativen. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 2/2004.

Lock, Peter, 2001: Sicherheit á la carte? In: Brühl, Tanja et al. Die Privatisierung der Weltpolitik. Bonn

Münkler, Herfried, 2003: Die neuen Kriege. Reinbek bei Hamburg

Zeller, Christian, 2004: Die globale ..... Münster